

 Policy Paper

Der erhoffte Schub?

Analyse der Digitalausgaben 2025 im Lichte
von Sondervermögen, BMDS-Gründung und
Souveränitätsdebatte

Autor:

Stefan Heumann



Danksagung und Vorwort

Ich möchte mich herzlich bei Prof. Dr. Irene Bertschek, Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Dr. Patrick Breithaupt, Dr. Thomas Niebel und Jacob Schildknecht vom ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung für die hervorragende Zusammenarbeit bedanken. Die hier vorgelegte Analyse beruht auf der gemeinsamen Studie „Der Digitalhaushalt 2025: wird er den hohen Erwartungen gerecht?“ und dem der Studie zugrundeliegendem Datensatz. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei meinem ehemaligen Kollegen Thilak Mahendran. Er hat die Verwaltungsausgaben tiefergehend analysiert und die hier vorgelegten Einschätzungen zu diesem Ausgabenbereich bauen auf seiner Analyse auf. Die Verantwortung für die hier vorgelegten Ableitungen und Einordnungen liegen allein beim Autor.

Agora Digitale Transformation gGmbH
Krausenstraße 8
10117 Berlin

T. +49(0)30 81 45 03 78 80
www.agoradigital.de
info@agoradigital.de

Ansprechperson:



Dr. Stefan Heumann
stefan.heumann@agoradigital.de

Gefördert von: 

Titel des Dokuments

<https://agoradigital.de/projekte/digitalhaushalt/>

Design: [Jakub Stejskal](#), [Make Studio](#) | Coverbild: Nele Schacht www.parzelle34.de

Satz: Agora Digitale Transformation | Melissa Harms www.parzelle34.de



Dieser Beitrag unterliegt einer CreativeCommons-Lizenz (CC BY-SA). Die Vervielfältigung, Verbreitung und Veröffentlichung, Veränderung oder Übersetzung von Inhalten der Agora Digitale Transformation, die mit der Lizenz „CC BY-SA“ gekennzeichnet sind, sowie die Erstellung daraus abgeleiteter Produkte sind unter den Bedingungen „Namensnennung“ und „Weiterverwendung unter gleicher Lizenz“ gestattet. Ausführliche Informationen zu den Lizenzbedingungen finden Sie hier: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

April 2026 | <https://doi.org/10.5281/zenodo.19555957>



Was ist die digitale Transformation dem Bund wert?

Die Gestaltung der Entwicklung und des Einsatzes digitaler Technologien gilt als eine der zentralen, politischen Herausforderungen unserer Zeit. Als erster Digitalminister Deutschlands ist Karsten Wildberger mit dem Versprechen angetreten, dass unser Land digitaler, schneller und unbürokratischer wird und ein neues Kapitel für die digitale Transformation beginnt. Zum Amtsantritt lässt er sich mit folgenden Worten zitieren:

„Mit der Gründung des ersten deutschen Digitalministeriums sendet Deutschland ein deutliches Signal: **Digitalisierung und Staatsmodernisierung genießen für diese Bundesregierung herausgehobene Priorität.**“ Dr. Karsten Wildberger bei der Amtsübergabe am 7. Mai 2025¹

Für Deutschland gilt es in Europa dringend bei der Digitalisierung aufzuholen. Denn in vielen digitalen Benchmarks ist man nicht nur Mittelmaß, sondern oft auch hinter den europäischen Durchschnitt zurückgefallen. Zusätzlich haben geopolitische Abhängigkeiten bei digitalen Technologien im vergangenen Jahrzehnt stark zugenommen. Insbesondere bei der Entwicklung und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) wird der Abstand Deutschlands und Europas zu den führenden Unternehmen aus den USA und China immer größer.

Wenn es um politische Prioritäten geht, zählen aber nicht nur Worte. Politische Prioritäten spiegeln sich auch in der Bereitschaft, Ressourcen für sie zu mobilisieren bzw. einzusetzen, wider. Allerdings ist die Prioritätensetzung für Digitalisierung im Haushalt nur sehr schwer nachvollziehbar. Die Bundesregierung erfasst diese Ausgaben nicht systematisch. Selbst Digital- und Haushaltspolitiker:innen haben keinen umfassenden Überblick. Das liegt zum einem daran, dass die Digitalausgaben nicht in einem Ressort gebündelt, sondern über alle Ministerien verteilt sind. Zum anderen liegt es an mangelnder Systematik, wie Haushaltsausgaben klassifiziert und veröffentlicht werden.

Da mehr Transparenz über Digitalausgaben des Bundes dringend notwendig ist, haben wir uns bei der Agora Digitale Transformation entschieden, in einem Forschungsprojekt Licht ins Dunkel zu bringen. In Zusammenarbeit mit dem ZEW – Leibniz-Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung haben wir im vergangenen Jahr erstmals eine Analyse der Digitalausgaben auf Bundesebene für die Haushaltsjahre 2024, 2023, 2021 und 2019 veröffentlicht.² Wir konnten zeigen, dass der gestiegene Digitalisierungsdruck während der Corona-Pandemie auch zu einem starken Anstieg der Digitalausgaben geführt hat. Für 2025 interessiert uns, ob und wie sich dieser Trend fortsetzt, insbesondere angesichts des politischen Signals, das mit der Einrichtung eines Digitalministeriums von der Regierung gesendet wurde.

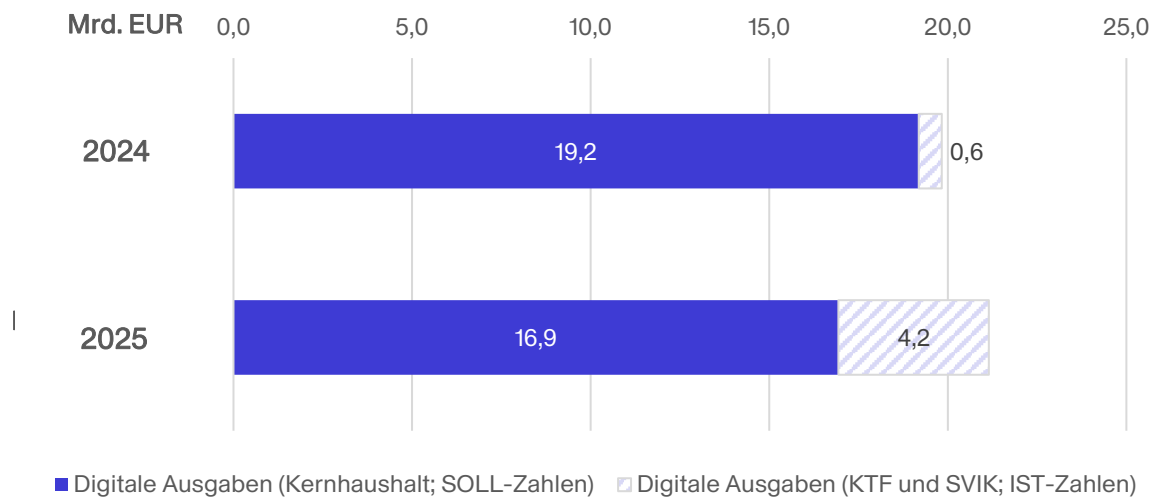
¹ Pressemitteilung 1/2025 (2025): Unser Versprechen: Deutschland wird digitaler, schneller und unbürokratischer. Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung <https://bmds.bund.de/aktuelles/pressemitteilungen/detail/unser-versprechen-deutschland-wird-digitaler-schneller-und-unbuerokratischer>

² Bertschek, I., Heinemann, F., Breithaupt, P., Niebel, T., Schildknecht, J., Heumann, S., Mahendran, T. (2025): Berechnung des Digitalhaushalts. Wie viel investiert der Bund wirklich in die Digitalisierung. Agora Digitale Transformation. https://agoradigital.de/wp-content/uploads/2025/02/25-02-12_ADT_ZEW_Studie_Digitalhaushalt.pdf

Digitalausgaben des Bundes steigen weiter – aber kein Investitionsschub

Im Vergleich zu 2024 steigen die Gesamtausgaben des Bundes für Digitalisierung unter Berücksichtigung der Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds (KTF) und des 2025 neu eingerichteten Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) in der engen Berechnung von 19,8 Mrd. Euro auf 21,2 Mrd. Euro. Das bedeutet einen Anstieg von 6,6% im Vergleich zum Vorjahr. Die Höhe der Ausgaben unterstreicht die Bedeutung der Digitalisierung im Bundeshaushalt. Allerdings generiert das 2025 aufgelegte Sondervermögen bisher nicht den erhofften Investitionsschub.

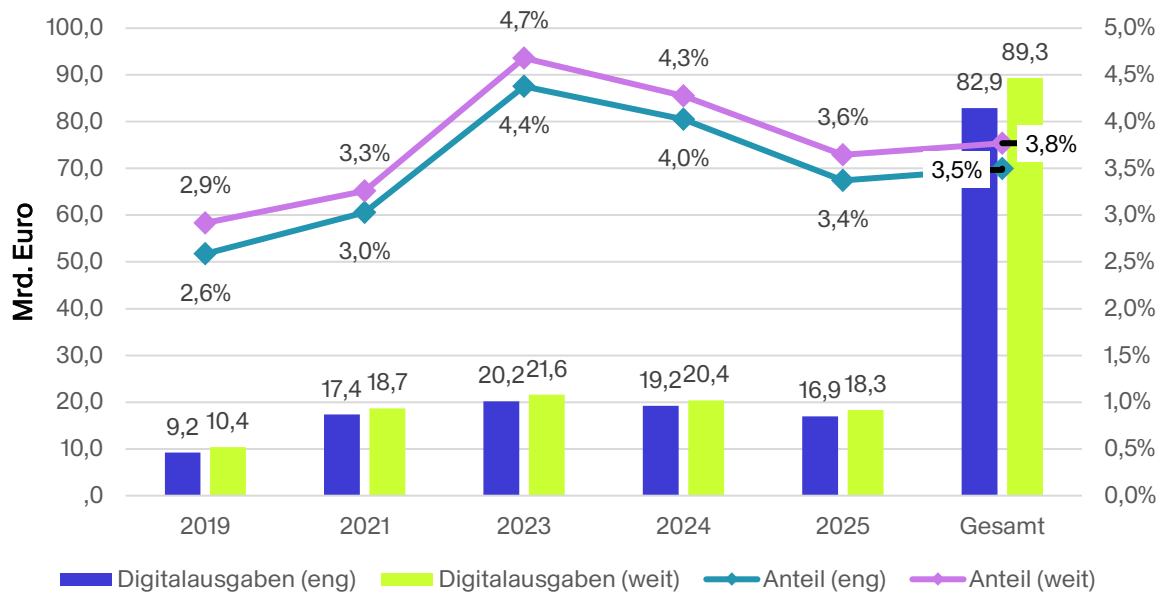
Gesamte Digitalausgaben in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 (in Mrd. Euro; enge Variante)



Das Sondervermögen als Verschiebepbahnhof

Betrachte man nur den Kernhaushalt ohne KTF und SVIK sinken die Digitalausgaben des Bundes in der engen Berechnung von 19,2 Mrd. Euro (2024) auf 16,9 Mrd. Euro (2025). Das entspricht einem Rückgang von 12%. Der Anteil der Digitalausgaben am gesamten Kernhaushalt (ohne KTF und SVIK) sinkt damit vom bisherigen Höchstwert von 4,4% (2023) über 4,0% (2024) weiter auf 3,4% (2025) im vergangenen Jahr. Das Verschieben von Digitalausgaben aus den Kernhaushalt ins KTF und SVIK sorgt dafür, dass die Ausgaben insgesamt trotzdem weiter steigen. Beispiele hierfür sind die Ausgaben für die Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus (1,8 Mrd. Euro) oder die Ausrüstung der Schieneninfrastruktur mit dem europäischen Zugsicherungssystem ERTMS (1,1 Mrd. Euro), die nun beide über das Sondervermögen finanziert werden. Wenn man Kernhaushalt und Sondervermögen für 2025 gemeinsam betrachtet (insgesamt 543 Mrd. Euro), so macht der Digitalanteil mit Gesamtausgaben von 21,2 Mrd. Euro einen Anteil von 3,9% aus. Das heißt, dass das Sondervermögen nicht zu einer relativen Erhöhung der Digitalausgaben im Gesamtbudget geführt hat, sondern dieser Anteil im Vergleich zu 2024 sogar mit 0,1% leicht abnimmt.

Geplante Digitalausgaben nach Jahren im Kernhaushalt (in Mrd. Euro und als Anteil am Gesamthaushalt)



Viele Digitalausgaben sind nicht nachhaltig gesichert

Die Verschiebung von Haushaltstiteln in das jüngste Sondervermögen (SVIK) schafft ein erhebliches Finanzierungsrisiko in der Zukunft. Denn das Sondervermögen steht nicht unbegrenzt zur Verfügung. Spätestens nach dem Auslaufen des Sondervermögens müssen dort vermerkte Ausgabenposten wieder aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Das betrifft wesentliche Infrastrukturausgaben wie die Förderung des Breitbandausbaus und die Digitalisierung der Bahninfrastruktur ebenso wie die Finanzierung der Verwaltungsdigitalisierung. So finden sich im Sondervermögen auch Titel zur digitalen Brieftasche (EUDI-Wallet) und Registermodernisierung. Es ist davon auszugehen, dass diese Infrastrukturen auch zukünftig Investitionen benötigen. Somit stehen zukünftige Regierungen vor dem Problem, ins Sondervermögen verschobene Ausgabenposten zukünftig wieder in den Kernhaushalt zurückholen zu müssen. Dafür müsste dann entweder an anderer Stelle gespart oder zusätzliche Einnahmen durch Steuererhöhungen generiert werden.

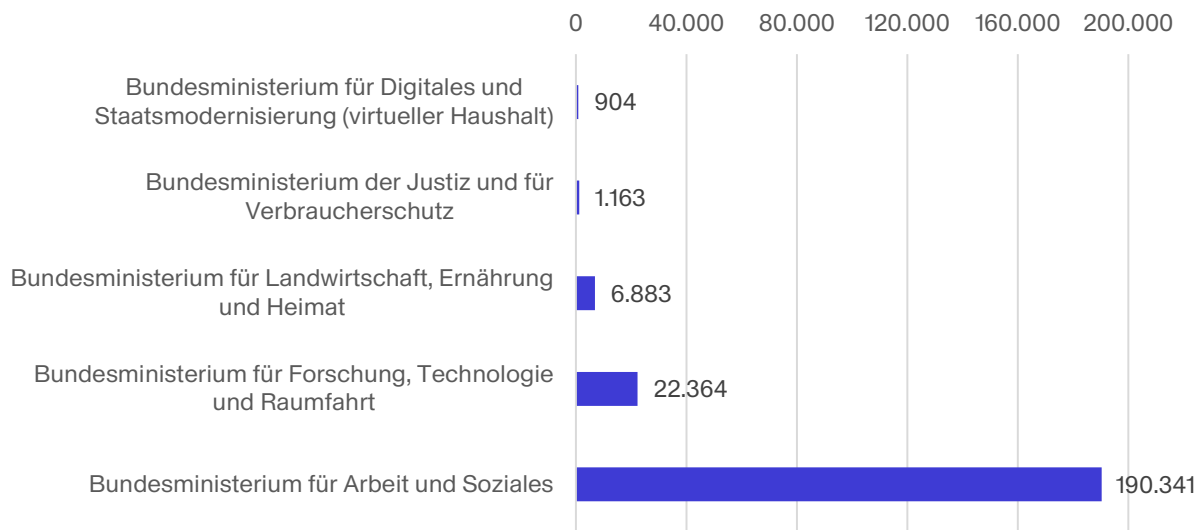
Beim Haushalt muss sich das BMDS hintenanstellen

Die neue Regierung hat 2025 die Digitalpolitik neu geordnet und mit dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) Ressourcen und Zuständigkeiten für Digitalisierung in einem eigenen, neuen Ressort gebündelt. Im Kernhaushalt sind die im vergangenen Jahr dem BMDS zugeordneten Mittel mit insgesamt 904 Mio. Euro eine verhältnismäßig kleine Summe.³ 2026 erhöht sich dieser Etat auf 1,36 Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung der vom BMDS verausgabten Mittel im SVIK umfassen die vom Ministerium verantworteten Mittel knapp 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2025. Der BMDS Haushalt gehört damit zu den kleinsten aller Ressorts. Zusätzlich ist das neue Ministerium im Vergleich zu anderen Ressorts besonders stark von dem Problem betroffen, dass eigene Ausgaben nicht nachhaltig im Kernhaushalt abgesichert sind.

³ Da das BMDS 2025 noch keinen eigenen Einzelplan hat, haben wir auf Basis der im Organisationserlass definierten Zuständigkeiten und weiterer Informationsquellen einen „virtuellen“ BMDS Haushalt erstellt. Siehe Studie.



Etats ausgewählter Ressorts im Haushaltsjahr 2025 (in Mio. Euro)



Digitale Souveränität: Anspruch vs. Wirklichkeit

2025 gibt die Bundesregierung im Kernhaushalt 500 Mio. Euro für unterschiedliche Maßnahmen zur Förderung der Digitalisierung in der Wirtschaft aus. In der Kategorie Förderung von Forschung und Innovation belaufen sich die Gesamtausgaben auf 2,7 Mrd. Euro. In beiden Bereichen sind die Ausgaben im Vergleich zu 2024 mit einem Rückgang von 28% (Digitale Wirtschaft) und 7% (Forschung & Innovation) rückläufig. Auch das Sondervermögen ändert daran kaum etwas. Im Bereich Digitale Wirtschaft sind dort keine Mittel und bei Forschung & Innovation nur zusätzliche Ausgaben von 100 Mio. Euro erfasst. Angesichts der im geopolitischen Kontext diskutierten Notwendigkeit, wirtschaftliche Abhängigkeiten bei digitalen Technologien abzubauen und europäische Fähigkeiten zu stärken, überraschen diese Zahlen. Die in der Öffentlichkeit und Politik prominent geführte Debatte zu digitaler Souveränität steht im Kontrast zur Prioritätensetzung im Haushalt. Auch im längerfristigen Vergleich zwischen 2019 und 2025 schneiden diese beiden Kategorien am schwächsten ab. Während im Siebenjahresvergleich die Digitalausgaben für die Verwaltung um 77% und im Gesundheitswesen sogar um 252% zulegten, stiegen Digitalausgaben zur Wirtschaftsförderung nur um 27% und im Bereich Forschung & Innovation um 42%.

Auf dem Gipfel für Europäische Digitale Souveränität im November vergangenen Jahres in Berlin wurde über die Notwendigkeit, in die KI-Entwicklung und digitale Lösungen in Europa zu investieren, diskutiert. Die hierfür benötigten Mittel verantwortet aber in Deutschland nicht der Digitalminister, sondern die Forschungs- und Wirtschaftsministerinnen. Nur bei der IT-Beschaffung des Bundes hat das BMDS einen Hebel, um europäische Alternativen gegenüber dominanten US-Anbietern zu stärken.

Digitalisierung der Verwaltung größter Ausgabenposten

2025 stellen die Ausgaben für die Digitalisierung der Verwaltung mit 4,7 Mrd. im Kernhaushalt und 5,4 Mrd. unter Berücksichtigung des SVIK nach 2023 wieder die größte Ausgabenkategorie innerhalb des von uns berechneten Digitalhaushalts. Auch in der Addition der vergangenen Jahre liegt diese Ausgabenkategorie ganz vorne – noch vor den Digitalausgaben in der Bundeswehr

oder den Infrastrukturausgaben. Auffällig ist auch der starke Anstieg der Ausgaben für Verwaltungsdigitalisierung während der Pandemie. Trotz dieser Milliardeninvestitionen liegt Deutschland beim DESI-Score für öffentliche Dienste unter dem EU-Durchschnitt.⁴ Und hierbei sind die IT- und Digitalisierungsausgaben der Länder und Kommunen noch gar nicht berücksichtigt. Das zeigt: hohe Ausgaben alleine garantieren noch keine moderne und digitale Verwaltung. Hier liegt der Hebel vor allem bei einem wirkungsvollerem Mitteleinsatz und einer besseren Arbeitsteilung im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen.

Entwicklung der Ausgaben für Verwaltungsdigitalisierung von 2019 bis 2025



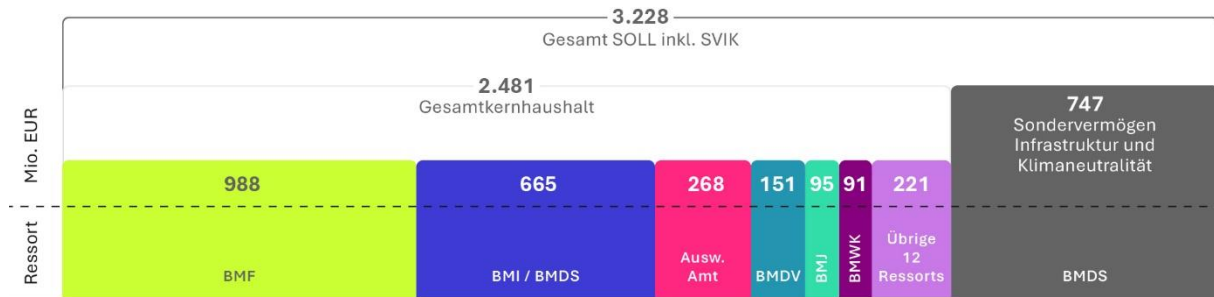
Agora Digitale Transformation

IT-Dienstleister organisieren die Verwaltungsdigitalisierung bei hoher Komplexität und steigenden Kosten

Von den 4,7 Mrd. Euro werden mit knapp 2,5 Mrd. Euro über die Hälfte für IT-Dienstleistungen, ausgelagerte IT-Services und Beratungsleistungen ausgegeben. Die entsprechende Ausgaben-Gruppe 532 in der Kategorie 3 (mit Bezug zu Verwaltungsdigitalisierung) hat sich seit 2019 mehr als verdoppelt (+103%).⁵ Innen- (BMI) und Digitalministerium (BMDS) werden gemeinsam ausgewiesen, da 2025 viele vom BMDS bewirtschaftete Titel sich noch im Einzelplan des BMI befanden.

⁴ Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology: DESI dashboard for the Digital Decade. European Commission. <https://digital-decade-desi.digital-strategy.ec.europa.eu/datasets/desi/charts>

⁵ Hierbei wurde nur der als digital klassifizierte Anteil der Haushaltsgruppe 532 berücksichtigt.



Agora Digitale Transformation

Wichtigster IT-Dienstleister des Bundes ist das ITZBund, das sich 2025 noch im Haushaltsplan des BMF befindet. Die Zuständigkeit für das ITZBund wird zurzeit an das BMDS überführt. Zusätzlich zu seinem eigenen Haushaltstitel (Kapitel 0816) aus dem BMF-Einzelplan in Höhe von 1,5 Mrd. Euro verwaltet das ITZBund zusätzlich noch Kundenmittel für IT-Ausgaben aus den übrigen Ressorts in Höhe von 1,2 Mrd. Euro. Das ITZBund entwickelt in der Regel nicht selbst, sondern kauft Produkte und Dienstleistungen über die Zentrale für IT-Beschaffung (ZIB) ein. Im ZIB werden die großen IT-Rahmenverträge ausgeschrieben und verwaltet. Als interner Bundesdienstleister steht das ITZBund für den Ansatz, IT-Kapazität innerhalb der Bundesverwaltung zu konsolidieren und digitale Kompetenz intern aufzubauen. Neben Standardisierung erhoffte sich die Bundesregierung durch die Konsolidierung eine Kostenreduktion. Der Bundesrechnungshof hat jedoch dokumentiert, dass das ITZBund seinen Gesamtumfang (eigener Einzelplan plus Kundenmittel) von 440 Mio. EUR (2016) auf rund 2,7 Mrd. EUR (2025) in den vergangenen neun Jahren versechsfacht hat.⁶

IT-Zustimmungsvorbehalt ist für das BMDS zentral

Durch die Bündelung von Zuständigkeiten für Verwaltungsdigitalisierung ist das BMDS mittlerweile einen großen Anteil der IT-Ausgaben des Bundes direkt verantwortlich. Dennoch verbleiben weiterhin große IT-Budgets in den übrigen Ressorts, wie die Tabelle unten zeigt. Auch wenn zukünftig weitere Haushaltstitel aus dem BMI und insbesondere große Teile des ITZ-Bund aus dem BMF (1,5 Mrd. Euro) in den Haushaltsplan des BMDS überführt werden, zeigt die Übersicht die Bedeutung des IT-Zustimmungsvorbehalt für das BMDS. Denn auch dann werden noch an die 40% der IT-Ausgaben von anderen Ressorts als dem BMDS verantwortet. Nur wenn das BMDS bei diesen Ausgaben ein effektives Mitspracherecht über den Zustimmungsvorbehalt ausübt, kann es eine kohärente IT- und Digitalisierungsstrategie für den Bund operativ umsetzen. Nur so können bei der IT unnötige Parallelentwicklungen oder nicht miteinander kompatible Sonderlösungen frühzeitig identifiziert und ausgeschlossen werden. Auch für die einheitliche Implementierung des Deutschlandstacks in der Bundesverwaltung kann der IT-Zustimmungsvorbehalt eine wichtige Rolle spielen.

⁶ Bericht nach § 88 Absatz 2 BHO an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages (2025): Information über die Entwicklung des Einzelplans 08 (Bundesministerium der Finanzen) für die Beratungen zum Bundeshaushalt 2025. Bundesrechnungshof. https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2025/einzelplan-2025/08-voll-text.pdf?__blob=publicationFile&v=2



Ressort	EP	2024 (Mio.)	2025 (Mio.)	Δ absolut	Δ relativ	Anteil 2025
BMF	08	1.778	1.828	+50	+3%	39%
BMI/BMDS	06	1.314	1.526	+212	+16%	33%
Auswärtiges Amt	05	328	364	+36	+11%	8%
BMDV	12	243	282	+39	+16%	6%
BMWK	09	135	131	-4	-3%	3%
BMJ	07	102	120	+18	+18%	3%

Soll vs. Ist: Planung trifft auf Realität

Erstmals legen wir einen Vergleich der geplanten (soll) mit den tatsächlich verausgabten (ist) Digitalhaushaltsmittel vor. Große Diskrepanzen können entweder auf falsch eingeschätzte Finanzierungsbedarfe oder Probleme bei der Mittelverausgabung (z.B. mangelnde Kapazitäten oder zu aufwendige Prozesse) hindeuten. So zeigt sich im Jahresvergleich, dass die geplanten Ausgabensteigerungen aus 2021 und 2023 operativ nicht umgesetzt werden konnten und nur 74,7% bzw. 74,3% der im Haushalt eingestellten Mittel tatsächlich abgeflossen sind. 2024 wurden hingegen 89% der eingeplanten Mittel tatsächlich verausgabt. Eine Erklärung könnte sein, dass die Bundesregierung nicht in der Lage war, die im Kontext der Pandemie im Haushalt zur Verfügung gestellten Ausgabensteigerungen kurzfristig operativ umzusetzen. Ein Blick auf die Haushaltstitel mit den größten Abweichungen zwischen soll und ist zeigt auch die Grenzen politischer Planbarkeit. Mit der Absage des Baus der Intel-Fabrik in Magdeburg wurden hierfür im Haushalt eingeplante Subventionen zur Förderung der Mikroelektronik schlicht nicht mehr gebraucht.

Top 10 der Digitalausgaben mit der größten Differenz zwischen den geplanten (SOLL) und tatsächlichen (IST) Ausgaben in den Haushaltsjahren 2019, 2021, 2023 und 2024 (enge und weite Variante sind identisch; sortiert nach Differenz)

Kapitel	Titel	Funktion	Jahr	Titeltext	Digitalausgaben SOLL (in Tsd. €)	Digitalausgaben IST (in Tsd. €)
6002	68608	165	2023	Verstärkung von Maßnahmen zur Förderung von Projekten im Bereich der Mikroelektronik	2.740.000	0
0602	53238	011	2021	Verwaltungsdigitalisierung	1.506.435	521.514
0901	89221	680	2023	Mikroelektronik für die Digitalisierung	879.000	148.356
1202	89106	742	2024	Ausrüstung der deutschen Infrastruktur und von rollendem Material mit dem Europäischen Zugsicherungssystem ERTMS (European Rail Traffic Management System)	1.083.156	354.653
1204	89403	692	2024	Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus	1.771.362	1.224.492



6002	68602	165	2021	Verstärkung von Maßnahmen zur Förderung künstlicher Intelligenz	400.000	0
6002	68604	165	2021	Verstärkung von Maßnahmen zur Förderung von Quantentechnologien	400.000	0
1202	89106	742	2023	Ausrüstung der deutschen Infrastruktur und von rollendem Material mit dem Europäischen Zugsicherungssystem ERTMS (European Rail Traffic Management System)	637.544	239.577
1204	89403	692	2023	Unterstützung des flächendeckenden Breitbandausbaus	732.050	450.710
1202	89106	742	2021	Ausrüstung der deutschen Infrastruktur und von rollendem Material mit dem Europäischen Zugsicherungssystem ERTMS (European Rail Traffic Management System)	696.700	417.460

Fazit: Digitalausgaben brauchen mehr strategische Steuerung

Für die Bundesregierung ist die Gestaltung der digitalen Transformation ein wichtiges politisches Handlungsfeld. Diese Bedeutung spiegelt sich sowohl in der Entscheidung für den Aufbau eines für die Digitalisierung zuständigen Ministeriums als auch in den mit 21,2 Mrd. Euro beträchtlichen, ressortübergreifenden Ausgaben. Allerdings verantwortet das BMDS 2025 nur knapp 2,3 Mrd. Euro dieser Mittel. Somit bleibt auch mit der Einführung des BMDS der Überblick über die Digitalausgaben und ihre strategische Steuerung eine große politische Herausforderung.

Es gibt aber auch echte Fortschritte. Durch die Bündelung der Zuständigkeiten für Verwaltungsdigitalisierung im BMDS, verantwortet das neue Ministerium zukünftig den Großteil der IT-Ausgaben des Bundes. Mit dem IT-Zustimmungsvorbehalt hat es auch ein wichtiges Instrument bekommen, um Einfluss auf zentrale IT- und Digitalisierungsvorhaben in den übrigen Ressorts nehmen und diese kohärent und effizient steuern zu können. Dieses Potenzial gilt es nun bei der Operationalisierung des IT-Zustimmungsvorbehalts zu heben.

KI und digitale Souveränität sind wichtige Prioritäten für den Digitalminister. Das zeigt sich sowohl in den Reden des Ministers als auch auf der Webseite des Ministeriums. Dem BMDS fehlen allerdings die zur Gestaltung dieser Themen notwendigen finanziellen Ressourcen. Von einem im Vorfeld der Regierungsbildung von vielen Stellen geforderten Digitalbudget sind wir noch weit entfernt.⁷ Das heißt leider auch, dass weiterhin zentrale Ressourcen für die digitale Transformation von Häusern verwaltet werden, deren Hausleitungen andere Prioritäten haben. Wirtschaftsministerin Katharina Reiche fokussiert stark auf die Energiepolitik und Regulierungsabbau für die Industrie. Zu Fragen der digitalen Transformation nimmt man sie kaum wahr. Ähnliches gilt für die Forschungsministerin, die sich vor allem für die Raumfahrt begeistert. So ist das Problem der mangelnden Priorisierung digitalpolitischer Themen nur teilweise gelöst. Hier gilt es das BMDS in den kommenden Jahren weiter zu stärken, Zuständigkeiten und vor allem auch finanzielle Ressourcen zu bündeln und so die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Bundesregierung

⁷ Unter anderem auch von uns. Heumann, S., Mahendran, T. (2025), Vom Digitalhaushalt zum Digitalbudget: Transparenz als erster Schritt zu besserer Steuerung. Agora Digitale Transformation. https://agoradigital.de/wp-content/uploads/2025/02/25-02-28_ADT_Policy-Paper_Vom-Digitalhaushalt-zum-Digitalbudget.pdf



Ausgaben für digitale Transformation auch jenseits von Verwaltungsdigitalisierung und Breitbandausbau effektiv steuern kann.

Im vergangenen Jahr hatten wir in unserer ersten Analyse der Haushaltsausgaben bereits Verbesserung bei der Kategorisierung und Darstellung von Digitalausgaben im Bundeshaushalt gemacht. Denn Transparenz über wichtige Ausgabenkategorien wie z.B. für Digitalisierung sollte nicht von einem gemeinnützigen Think Tank mit einem aufwendigen Forschungsprojekt hergestellt werden müssen. Leider hat sich die Komplexität der Analyse seitdem nicht verringert, sondern durch die Einführung des SIVK sogar noch weiter erhöht. Eine zentrale Empfehlung unseres Projekts bleibt daher für mehr Transparenz bei den Digitalausgaben zu sorgen. Dies kann durch die Verbesserung der Systematik und Bereitstellung der Haushaltsdaten erreicht werden. Denn nur so kann die Bundesregierung Ausgaben gut steuern und der Bundestag seinen Kontrollpflichten nachkommen. Und auch die Bürgerinnen und Bürgern haben einen Anspruch auf mehr Transparenz im Umgang mit ihren Steuergeldern.



Literaturverzeichnis

Baack, S., Djeflal, C., Jarke, J., & Send, H. (2019). Civic Tech: Ein Beispiel für Bürgerzentrierung und Bürgerbeteiligung als Leitbild der Verwaltungsdigitalisierung. In T. Klenk, F. Nullmeier, & G. Wewer (Hrsg.), Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung (S. 1–9). Springer Fachmedien Wiesbaden.

Bericht nach § 88 Absatz 2 BHO an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages (2025): Information über die Entwicklung des Einzelplans 08 (Bundesministerium der Finanzen) für die Beratungen zum Bundeshaushalt 2025. Bundesrechnungshof. https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2025/einzelplan-2025/08-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Bertschek, I., Heinemann, F., Breithaupt, P., Niebel, T., Schildknecht, J., Heumann, S., Mahendran, T. (2025): Berechnung des Digitalhaushalts. Wie viel investiert der Bund wirklich in die Digitalisierung. Agora Digitale Transformation. https://agoradigital.de/wp-content/uploads/2025/02/25-02-12_ADT_ZEW_Studie_Digitalhaushalt.pdf

Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology: DESI dashboard for the Digital Decade. European Commission. <https://digital-decade-desi.digital-strategy.ec.europa.eu/datasets/desi/charts>

Heumann, S., Mahendran, T. (2025), Vom Digitalhaushalt zum Digitalbudget: Transparenz als erster Schritt zu besserer Steuerung. Agora Digitale Transformation. 25-02-28_ADT_Policy-Paper_Vom-Digitalhaushalt-zum-Digitalbudget.pdf

Pressemitteilung 1/2025 (2025): Unser Versprechen: Deutschland wird digitaler, schneller und unbürokratischer. Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung: <https://bmds.bund.de/aktuelles/pressemitteilungen/detail/unser-versprechen-deutschland-wird-digitaler-schneller-und-unbuerokratischer>

Ansprechperson bei der Agora Digitale Transformation



Dr. Stefan Heumann

Geschäftsführer

stefan.heumann@agoradigital.de

Agora Digitale
Transformation

www.agoradigital.de